

gen unserer Zeit eine Friedenspflicht begründet, die beiderseits konstruktives und berechenbares Handeln erfordert.

Erich Honecker und Willy Brandt sind der Ansicht, daß vom Verhältnis der beiden deutschen Staaten keine zusätzlichen Belastungen für die Lage in Europa ausgehen dürfen. Sie stellten fest, daß der Grundlagenvertrag und die darauf aufbauenden Regelungen und Vereinbarungen bereits viele Probleme zum Nutzen beider deutscher Staaten und ihrer Bürger gelöst haben und neue Fragen im Interesse der Menschen einzubeziehen sind. Es liege deshalb im Interesse der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland, diese Politik konsequent fortzusetzen. Sie muß vor Rückschlägen bewahrt werden. Das erfordert, wie im Grundlagenvertrag vereinbart, in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland stets davon auszugehen, daß es sich um zwei souveräne, voneinander unabhängige Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung handelt.

Die Gesprächspartner erörterten Fragen der bilateralen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten, besonders Möglichkeiten des gemeinsamen Wirkens für Frieden, Abrüstung und Entspannung.

Die Gesprächspartner stimmten darin überein, daß die Zeit reif ist, offizielle Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik herzustellen. Willy Brandt äußerte - unter Hinweis auf eine bestehende Einladung der SPD-Fraktion - die Erwartung, daß der Präsident der Volkskammer der DDR seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland in absehbarer Zeit machen könne.

Beide Seiten führten einen Meinungsaustausch zu Fragen der Elbe-Grenze, der Staatsbürgerschaft und der Erfassungsstelle Salzgitter.

Erich Honecker und Willy Brandt erörterten humanitäre Fragen, so zum Reise- und Besucherverkehr sowie zur Milderung von Härtefällen. Sie stimmten überein, daß die Bemühungen auf diesem Gebiet gemäß dem Grundlagenvertrag konstruktiv fortgesetzt werden. Beide Seiten treten für die Förderung des Jugendaustausches zwischen beiden Staaten ein.

Erich Honecker und Willy Brandt waren sich in ihrem freimütigen Gespräch im klaren über die bestehenden Unterschiede in grundsätzlichen und ideologischen Positionen ihrer beiden Parteien, aber sie stimmten auch darin überein, daß dessenungeachtet die Kontakte zur Verbesserung des politischen Klimas und zur Vertrauensbildung in den Ost-West-Beziehungen fortgesetzt werden müssen. Die Gesprächspartner beabsichtigen, ihren Meinungsaustausch fortzuführen.

An dem Gespräch nahmen teil: von seiten der SED - die Mitglieder des Politbüros des ZK der SED Hermann Axen und Günter Schabowski; das Mitglied des Zentralkomitees der SED Prof. Dr. Otto Reinhold sowie Frank-Joachim